Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 357. Dienstag den 23. December 1890. 84. Jahrgang.

Bestellungen auf das erste Quartal 1891 des

Leipziger Tageblattes

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 8, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und von denselben für eigene Rechnung ausgeführt. Auswärtige Abonnenten wollen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
incl. Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung **60 Mark, mit** Postbeförderung **incl. Postgebühren 70 Mark** Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten. Ein **Hinweis** auf die Extra-Beilage erfolgt im redactionellen Theile gratis und umfaßt 6 Zeilen. **Wird derselbe** von größerem Umfange gewünscht, sind für die weiteren Zeilen die gewöhnlichen Insertionsgebühren zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile **20 Pfennige; für** Reclamen aus Petitschrift unter dem **Redactionsstrich** die 4gespaltene Zeile **50 Pfennige,** vor den **Familiennachrichten** die 6gespaltene Zeile 40 Pfennige. **Größere Schriften** werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm **Preisverzeichniß,** tabellarischer und Ziffer-Satz dagegen nach höherem Tarif berechnet. **Rabatt wird** nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch **Postnachnahme.**
NB. **Inserate** wolle man **nur** an die **Expedition** (nicht **Redaction**) **adressiren.**

Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen **politischen und Börsen-Nachrichten** in telegraphischen **Original-Depeschen.** Es giebt ein anschauliches Bild von allem Wissenswerthen auf den **verschiedenen Gebieten** des öffentlichen Lebens und behandelt **die Tagesfragen der inneren und äußeren Politik** in populären Artikeln mit größter Ausführlichkeit. Das Tageblatt berichtet **über die localen und** sächsischen Angelegenheiten in eingehender Weise und referirt über **Theater, Musik, Literatur,** Kunst und Wissenschaft. Die **Verhandlungen des Reichstages** und des **sächsischen Landtages erscheinen** bereits am Morgen nach der Sitzung in ausführlichen Originalberichten. **Im neuen Quartal** bringen wir den **neuesten Roman** von **Hans Hopfen: „Der Stellvertreter".**

Mit seiner **„Volkswirthschaftlichen Beilage"** bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige **deutsche und überseeische Handelsberichte.** Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse **der ausgelooften Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine,** sowie die Nummern von Serien und Hauptgewinnen der verschiedenen **Prämienloose.**

Leipzig, im December 1890.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:
1) ein neuer **Jacket-Anzug** von dunkelblaucarrirtem Kammgarnstoff, am 17. d. M.;
2) ein **Winterüberzieher** von schwarzbraunem Stoff, mit schwarzen Sammetkragen, schwarzem Futter und 2 Reihen Knöpfen, sowie einem eingesetzten Fleck im linken Seitenfutter, am 18. d. M.;
3) ein **Winterüberzieher** von dunkelgrünem glatten Stoff, mit schwarzem Sammetkragen, schwarzen Steinnußknöpfen, mit verdeckter Patterie, Kettchenhenkel und hellgrauem, schwarzcarrirtem Futter, sowie ein seidenes, weiß- und schwarzcarrirtes **Halstuch,** am 18. d. M.;
4) eine elektrische **Klingel** mit **2 Stück Braunsteinplatten-Elementen,** innerhalb der letzten 4 Wochen;
5) ein **Winterüberzieher** von dunkelbraunem glatten Stoff, mit braunen, weiß- und rothcarrirtem Futter, Kettchenhenkel, gestepptem Sammetkragen und 2 Reihen Hornknöpfen, sowie ein blauseidenes **Halstuch,** am 16. d. M.;
6) ein **Paar Stiefeletten,** ziemlich neu, kalbledern, spitz, sowie eine kleine silberne **Cylinderuhr,** ziemlich alt, am 15. d. M.;
7) ein **Winterüberzieher** von dunkelblauem rauhen Stoff, mit Sammetkragen, schwarzem Futter, 2 Reihen Hornknöpfen und Kettchenhenkel, am 19. d. M.;
8) ein **Winterüberzieher** von graubräunlichem Stoff, mit Sammetkragen und grau- und schwarzcarrirtem Futter, ein Paar braunwollene **Handschuhe** und mehrere **Bücher** mit **Versicherungsnotizen,** vom 20. bis 21. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 21. December 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. W.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 27. December a. c., **von** Vormittags 10 Uhr an sollen im Geschäftszimmer des **Proviant-Amtes** Leipzig, Pfeffenhausen, Thurmhaus 2. Stock

1 Partie Roggenkleie und Kehrmehl

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 17. December 1890.

Königliches Proviant-Amt.

Notirung der Spiritus-Preise.

Vom neuen Jahre an wird an der hiesigen Börse Spiritus **Donnerstags nicht mehr,** sondern nur Dienstags und Sonnabends notirt werden.

Die Handelskammer.
A. Thieme, Dr. Genfel, S. Vorsitzender.

Die Lage in Italien.

Die **Opposition** nimmt in Italien eine andere Stellung ein als in irgend einem andern Verfassungsstaate, ihr ganzes Auftreten ist in hohem Grade unparlamentarisch, weil sie bei jeder Gelegenheit in die Executivgewalt eingreift. Bisher begnügte sie sich damit, der Regierung Vorschriften über ihre auswärtige Politik zu machen, indem sie den Dreibund angriff und die guten Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu stören suchte durch die Forderung der Vereinigung von Triest und Trient mit Italien. In der neuesten Zeit zieht sie aber auch unzweifelhafte Rechte der Krone vor den parlamentarischen Richterstuhl, wie die Interpellation Imbriani's wegen des Rücktritts der Minister Seismit Doda und Giolitti beweist. Diese Interpellation steht gänzlich vereinzelt da in der Geschichte aller Verfassungsstaaten. Es ist noch nicht dagewesen, daß Abgeordnete über die Gründe der Entlassung eines Ministers vom Ministerpräsidenten Aufschluß verlangen, und Crispi wäre in seinem vollen Rechte gewesen, wenn er die Antwort auf die Interpellation verweigert hätte. Daß er sich trotzdem zur Beantwortung herbeiließ, war ein Fehler, der durch den glücklichen Ausgang der Sache nicht ausgeglichen wird.

Crispi war früher schon einmal in der Lage, die Prärogative der Krone gegen parlamentarische Uebergriffe zu vertheidigen. Es handelte sich damals um die Action in Afrika, bei welcher Gelegenheit Crispi erklärte, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Krone zukomme und daß er die Rechte der Krone gegen jeden Versuch, sie zu schmälern, in Schutz nehmen werde. Die Ernennung und Entlassung der Minister ist ebenfalls ein Vorrecht der Krone, und kein Abgeordneter hat die Befugniß, die Verfassungsmäßigkeit einer Minister-Entlassung zum Gegenstande einer parlamentarischen Verhandlung zu machen.

Wenn Crispi trotzdem darauf einging, so ist er dazu allein durch politische Gründe bestimmt worden, es schien ihm darauf anzukommen, den Fall Seismit Doda vor die Oeffentlichkeit zu ziehen. Wenn das der Zweck war, so ist er erreicht worden, denn Seismit Doda war so tactlos, seiner Unzufriedenheit über seine Entlassung im Parlament Ausdruck zu geben und Crispi zur Angabe der Gründe seiner Entlassung aufzufordern. Crispi entsprach auch diesem Ansinnen, indem er die über diese Angelegenheit zwischen ihm und Seismit Doda gewechselten Schriftstücke mittheilte. Aber auch damit war der ehemalige Finanzminister nicht zufrieden, sondern machte seinem gepreßten Herzen durch die Worte Luft: „Ich hoffe eines Tages Genugthuung für die Demüthigungen zu erhalten, welche Crispi mir und Italien bereitet hat.

Aus der ganzen Verhandlung geht hervor, welcher Mißgriff durch die Ernennung Seismit Doda's zum Minister begangen worden ist, denn ein Mann, der nach seiner Entlassung so vollständig aus der Rolle fällt, daß er mit der Opposition im Parlament vereint gegen die Regierung auftritt, die ihn seines Amtes enthob, beweist durch dieses Verfahren, daß es ihm an der selbstlosen Vaterlandsliebe gebricht, die ein Staatsminister niemals verleugnen darf. Seismit Doda ist ein lebendiger Zeuge für die Zerfahrenheit der italienischen Verhältnisse, er ist Irredentist, vielleicht auch Franzosenfreund und Republikaner, und verschmähte es doch nicht, einer Regierung anzugehören, welche den Dreibund als die Grundlage der auswärtigen Politik Italiens betrachtet.

Bei der Adreßdebatte that Crispi den denkwürdigen Ausspruch, daß es trotz des Garantiegesetzes, welches die Ausübung der geistlichen Gewalt des Papstes sichere, in Italien nur einen Souverain gebe, den König Humbert, aber die königliche Gewalt dieses Fürsten hat auch noch andere Gegner, und wie das Auftreten Seismit Doda's in der Kammer gezeigt hat, saß ein solcher Gegner noch vor Kurzem im Ministerium. Auch Bonghi, der ehemalige Unterrichtsminister stellte sich bei der Verhandlung über die Interpellation bald und bald auf die Seite der Opposition, als er sagte, daß er keine persönliche, sondern eine verfassungsmäßige Regierung wünsche. Solche allgemeine Sätze schließen die Gefahr in sich, mißverstanden zu werden und dadurch die Grundlagen des Staates in Frage zu stellen. Was heißt persönliches Regiment? Das kann nur bedeuten, daß Crispi in Italien im Widerspruch mit der Verfassung allmächtig ist. Eine solche Macht kann er aber nur ausüben im Einverständniß und unter Billigung des Königs, also richten sich die Worte Bonghi's direct gegen den König. Das sind die Folgen der Zulassung einer Interpellation, welche pure a limine zurückgewiesen werden mußte, weil sie einen Eingriff in die Executive bedeutet.

In Italien besteht noch Unklarheit über die Grenzen der politischen Freiheit und der Gesetzmäßigkeit. Man läßt Gesetzlosigkeiten aus politischen Rücksichten ungeahndet, weil sich die Staatsregierung in den neuen, seit dem 20. September 1870 abgeschlossenen Verhältnissen noch nicht sicher fühlt. Was sind Irredentisten, Anhänger eines Bündnisses mit Frankreich und der Republik anders, als die Sprößlinge einer Generation, welche die italienische Einheit bei Magenta und Solferino im Bunde mit Frankreich gegen Oesterreich zu schaffen begann, die von Garibaldi nach Neapel und Sicilien geführt wurde, Venetien aus der Hand Napoleon's III. empfing und am 20. September 1870 in Rom als Sieger einzog? Das sind Entwickelungsstadien, die sich dem Verständniß der großen Menge des Volkes nicht so leicht erschließen. Die Veränderung, welche sich seit 20 Jahren in Europa vollzogen hat, ist politisch klar und die Schlußfolgerungen daraus ergeben sich auch für Italien mit zwingender Gewalt. Aber werden durch solche Ereignisse Sympathien und Antipathien ausgelöscht, läßt sich der Gang einer vorher angebahnten Entwickelung dadurch plötzlich ablenken und nach der entgegengesetzten Richtung kehren? Die Erinnerungen an die frühere Herrschaft in der Lombardei und Venedig, in Modena und Toscana, im Kirchenstaat und in Neapel und Sicilien lassen sich nicht so leicht austilgen, die Neigung zur Selbsthilfe und zum Widerstande gegen die Regierung sitzt den Italienern tief in den Gliedern, ebenso wie die Hinneigung eines beträchtlichen Theiles der Bevölkerung zu Frankreich. Das soll nun jetzt plötzlich im Handumdrehen in geordnete staatliche Verhältnisse übergeführt werden. Das politische Verständniß soll über die Hindernisse, welche Gewalt, Gewohnheit und natürliche Bedingungen aufgerichtet haben, hinwegleiten, und aus einem Chaos soll sich ein einheitliches geordnetes Staatswesen erheben. Das macht sich in der Theorie sehr schön, aber die Praxis zeigt ein ganz anderes Gesicht, sie stellt mit ihren unerfüllbaren Anforderungen eine Aufgabe, der auch ein Staatsmann von der Bedeutung Crispi's nicht vollständig gewachsen ist. Eine Vergleichung zwischen Crispi und Seismit Doda belehrt uns darüber, wie groß der Unterschied zwischen Beiden ist, aber wo sind die Männer, welche Crispi als ebenbürtige Collegen zur Seite stehen könnten?

Leipzig, 23. December.

* Der **Bundesrath** hat in seinen Berathungen mit der am letzten Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung der bevorstehenden Feiertage wegen eine Pause eintreten lassen und sich bis zum 8. Januar **vertagt,** an welchem Tage voraussichtlich die erste Sitzung im neuen Jahre stattfinden dürfte. Die meisten Mitglieder desselben haben am Freitag früh Berlin verlassen, um nach ihrer Heimath zurückzukehren.

* **Oberhofprediger** D. **Kögel** weilt zur Zeit bei einem seiner Söhne in Brüssel, welcher daselbst Prediger der deutschen Gemeinde ist, und begiebt sich von dort aus nach mehrwöchigem Aufenthalt nach Italien, um bis Ende März dort zuzubringen. Ueber das Befinden desselben meldet die „Post", daß es zu Besorgnissen keinen Anlaß giebt und demselben die Entsagung seiner bisherigen sehr anstrengenden Amtspflichten sehr wohl gethan hat. Jedoch ist in wohl unterrichteten Kreisen die Meinung vorherrschend, daß Oberhofprediger D. Kögel sein Amt als solcher nicht mehr aufnehmen wird, da das Alter zu seiner Erkrankung zumeist beigetragen hat. D. Kögel ist am 18. Februar 1829 geboren, steht somit im 61. Lebensjahre. Derselbe war im Jahre 1854 Prediger in Rakel bei Bromberg, 1857 als solcher bei der deutschen Gemeinde im Haag, wurde 1863 Hof- und Domprediger, 1864 Ober-Consistorialrath und vortragender Rath im Cultusministerium, 1873 Schloßpfarrer, 1878 Mitglied des Ober-Kirchenraths, 1879 General-Superintendent der Kurmark, 1880 an Stelle des verstorbenen v. Hengstenberg Ober-Hofprediger und ist seit dem Jahre 1884 Mitglied des Staatsraths. Hofprediger **Stöcker** wird sich am Sylvester-Abend von der Dom-Gemeinde verabschieden, während Hofprediger **Schrader** mit dem 1. April des neuen Jahres als Domprediger ausscheidet. — **Was den zum vierten Domprediger** berufenen Superintendenten **Kritzinger** aus Storkow betrifft, so erfolgt dessen Einführung voraussichtlich am Sonntag nach Neujahr. Superintendent Kritzinger ist übrigens nicht unbekannt in Berlin, denn derselbe bekleidete vor etwa zehn Jahren die Stelle eines Dom-Hilfspredigers.

* Das „Deutsche Tageblatt" veröffentlicht in einem Artikel über die Frage des **Fideicommißstempels** das Schreiben, welches **König Wilhelm** am 12. Februar 1867 an den damaligen Ministerpräsidenten Grafen **Bismarck** richtete. Dasselbe lautet:

„Im Rückblick auf den entscheidenden Wendepunct, an welchen die Geschicke Preußens durch die ruhmwürdigen Kämpfe des vergangenen Jahres gelangt sind, wird es den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und unvergänglichen Ehren, daß die Eröffnung einer Epoche reicher und mit Gottes Hilfe segensvoller Entwickelung wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war. Diesen Ihren Verdiensten von höchster Auszeichnung habe Ich durch Verleihung einer Donation von Vierhundert Tausend Thalern eine erneute Anerkennung zu gewähren beschlossen. Der Finanzminister ist angewiesen, diese Summe zu Ihrer Verfügung zu stellen. Es würde Meinen Wünschen entsprechen, wenn Sie diese Donation, deren Verleihung Meinen und des Vaterlandes Dank bethätigen soll, durch fideicommißarische Anordnungen zu einem Grund oder Capitalbesitze bestimmten, welcher mit dem Namen Ihres Namens auch Ihrer Familie dauernd erhalten bliebe. Ihr dankbarer und treu ergebener König (gez.) Wilhelm."

Das genannte Blatt bemerkt hierzu:

„Den gleichen Wunsch dürfte der greise Monarch, der die Bedeutung eines festangelegenen, auf gute Tradition sich stützenden Grundbesitzes in unter nivellirenden und fluctuirenden Zeit vollauf zu würdigen wußte, in analogen Fällen ausgesprochen haben. Daß er da, wo seiner Anregung Folge gegeben wurde, von der Einziehung der nicht unbedenklichen Fideicommißstempelgebühr Abstand genommen wissen wollte, und daß es hierzu einer besonderen Anregung von anderer Seite nicht erst bedurfte, erscheint nahezu zweifellos. Kaiser Franz stand für ihn und seine Berather aber auch das formelle und materielle Recht der Krone zur Bewilligung eines derartigen Gebührenerlasses. Wäre dieses Recht so fragwürdig, wie unsre linksliberale Presse behauptet, so würde Kaiser Friedrich III., an dessen verfassungsfreundlichem Sinne wohl auch der Freisinn nicht zu rütteln wagt, und der selbst in seiner schweren Leidenszeit ein viel zu ausgesprochenes monarchisches Selbstbewußtsein besaß, um gegen seine Ueberzeugung der bloßen Routine oder fremdem Rathschlag Folge zu geben, in dem Lucius'schen Falle, der zu die ganze Discussion in Fluß gebracht hat, der Niederschlagung der Gebühr sein königliches Placet nicht ertheilt haben. Glaubt man auf einer liberalen Seite dieses Recht anfechten oder gegen seine fernere Ausübung Verwahrung einlegen zu sollen, so thue man es offen und unverhüllt; die authentische Interpretation von berufener Stelle wird dann nicht ausbleiben. Durch die Verquickung mit persönlichen Angriffen und Nebenzwecken bedenklichster Art kann die Controverse nur verschärft und vergiftet werden."

* Der Kaiser hat die Wahl **Baumbach's** zum **Oberbürgermeister von Danzig** bestätigt.

* **Aus Oldenburg,** 18. December, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

Die oldenburgischen Beamten, namentlich die unteren, hatten bereits viele Petitionen um Gehaltsverbesserung an Regierung und Landtag gelangen lassen, namentlich auch begründet mit dem Hinweis auf die bessere Stellung der gleichartigen Beamten in den benachbarten preußischen Landestheilen, sowie in Bremen, wo eben jetzt eine allgemeine Gehaltsaufbesserung in der Durchführung begriffen ist. Als nun trotzdem die Regierung keine Anträge in diesem Sinne stellte und auch aus dem Landtag nichts verlautete, trat eine allgemeine Enttäuschung ein. Jetzt erklärt sogar der Finanzausschuß des Landtags, zu einer allgemeinen Gehaltserhöhung liege kein Grund vor; er begründet dies u. A. damit, daß die Lebensverhältnisse hier einfacher seien als anderwärts, was von den Beamten, so weit es sie betrifft, als die schmerzlich empfundene Folge der niedrigen Gehälter angesehen wird und nun noch gar zur Ursache der Nichterhöhung gemacht wird. Sogar die Aufhebung der Wissencasseneinträge — 100 000 ℳ für das ganze Herzogthum — hält der Finanzausschuß eigentlich für überflüssig; er bewilligt sie nur, weil Preußen und Bremen damit vorgegangen sind. Auf eine weitere Ermäßigung der mittleren und kleinen Einkommensteuern, als sie die Regierung in ihrem Gesetzentwurf über die Neuregelung der Einkommensteuer beantragt hatte, will sich der Finanzausschuß gleichfalls nicht einlassen. Die Träger dieser niedrigen Steuerstufen seien durch die Besserung der wirthschaftlichen Lage, das Anwachsen der Löhne und durch „die Wohlthaten der socialen Gesetzgebung" ohnehin in weit günstigere Verhältnisse gekommen. Dagegen sei es nicht richtig, die Progression des Steuersatzes schon bei 30 000 ℳ mit 3 Proc. aufhören zu lassen, wie die Regierung wolle. Man könne ruhig weiter fortfahren und bei 60 000 ℳ mit 4 Proc. zum höchsten Satze kommen, der auch auf alle höheren Einkommen gleichmäßig angewendet werden solle. Die Regierung hat bereits ihre Zustimmung erklärt. Anscheinend soll das Einschätzungsverfahren, welches Nachbarn und Berufsgenossen den Haupteinfluß gewährt und deshalb große Uebelstände gezeitigt hat, nicht geändert werden.

* Der Wiener „Times"-Correspondent hat es für nothwendig gefunden, auf angebliche **anarchische Zustände** in Nordalbanien hinzuweisen. Irgendwelche directe Berichte, daß sich die Zustände in Nordalbanien verschlimmert hätten, liegen indeß nicht vor. Daß aber daselbst zeitweilig Händel zwischen den einzelnen Stämmen vorkommen, datirt nicht von heute und gestern. Die Pforte hat übrigens in der letzten Zeit den Verhältnissen in Albanien größere Aufmerksamkeit geschenkt und ist redlich bemüht, für eine Besserung der Zustände zu sorgen. Die Mahnung des Wiener „Times"-Correspondenten, daß, wenn nicht Ordnung geschaffen wird, Serbien und Montenegro einen Vorwand gewinnen könnten, einzugreifen, und daß hieraus Europa Gefahren entstehen könnten, ist sehr überflüssig und verräth nur die Quellen, aus welchen der erwähnte Correspondent schöpft, und die Tendenzen, denen er bewußt oder unbewußt dient. Ein gemeinsames Eingreifen Serbiens und Montenegros in Albanien käme einer Action gegen die Türkei gleich, und hieran wird wohl weder in Belgrad, noch in Cetinje gedacht. Derlei Ideen spuken eben nur in den Köpfen jener panslawistischen Chauvinisten, die noch immer an mögliche Verwickelungen glauben, bei denen sie im Trüben fischen könnten. Die Lage auf der Balkanhalbinsel ist aber jetzt eine so leidlich befriedigende, daß wohl keine solchen Verwickelungen besorgt zu werden brauchen. Mit dem Versuche, die Möglichkeit solcher an die Wand zu malen, wird sicherlich den friedlichen Interessen nicht gedient.

* * *

* Große Aufregung haben in Norwegen in der vorigen Woche als vorbedeutend für die nächsten Storthingswahlen die Neuwahlen der städtischen Vorstandsmänner hervorgerufen. In Christiania siegte am 10. d. die conservative Liste, welche insofern ausgezeichnet gut angelegt war, als Vertreter der verschiedenen Stände, Gewerbe und Stadttheile darauf vereint waren, vollständig mit 3060 bis 2879 Stimmen, während die Männer der Linken, unter ihnen der vorgeblich größte Geschäftsmann der Stadt und Minister unter Sverdrup, Kildal, es nur auf 885 bis 322 Stimmen brachten, die Nüchternheitsmänner vollends und die Socialisten in kleinen Minderheiten von 272 und 139 Stimmen blieben. Auch in dem benachbarten Drammen, ferner in Christiansund und in dem früher von der äußersten Linken beherrschten Bergen erlitt die Linke Niederlagen. In Drammen hatte sich diese Partei mit einem Eifer, wie er nur selten bei solchen Wahlen vorkommt, für ein paar Männer des Sverdrup'schen Ministeriums: Arvocat Thiesen und den vormaligen Hauptmann Jacobsen, bemüht, aber nichts für sie erreicht. Aus ein paar anderen Städten wird die Wahl gemischter Vormundschaften, in denen gemäßigte Linksmänner neben Rechtsmänner stehen, berichtet. In Stawanger hat Rector Steen seinen Platz behauptet.

* Der mit den **vaticanischen Kreisen** in Fühlung stehende Correspondent der „Politischen Correspondenz" schreibt aus **Rom,** 18. December:

Die Aufmerksamkeit, mit welcher man im Vatican die Entwickelung des **Parnell-Conflicts** verfolgt, wird durch die lebhafte Theilnahme der in Rom weilenden englischen, irländischen und amerikanischen Geistlichen an dieser Angelegenheit immer neu belebt. In den Kreisen dieser Clerikercolonie äußert man sich in den abfälligsten Ausdrücken über Parnell und dessen frampfhaftes Bestreben, die Führerschaft des irischen Volkes zu behalten, und die gegen diesen Politiker gerichteten Kundgebungen des Klerus in Irland und in den